

Taunus-Zeitung.

Kreis-Zeitung für den Kreis Königstein im Taunus.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz • Anzeiger für Ehlhalten,
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2,40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeile 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Reklame-Zeile im Text 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Adressenwechsel und Anzeigengebühr 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unveränderter Anzeigen in

Samstag

7
Juni

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinfällig bei gerichtlicher Verurteilung der Anzeigengebühren. — Einfache Bellagen: Tausend 9,50 Mark. Anzeigen-Annahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller-
spätestens 1/9 Uhr vormittags an den Erscheinungstagen in der Geschäftsstelle eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird
tunlichst berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 88 · 1919

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl, Königstein im Taunus.
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

43. Jahrgang

Um den Frieden.

Die deutschen Gegenentwürfe.

Rotterdam, 6. Juni. „Die Temps“ melden aus Paris: In gut unterrichteten Kreisen der Konferenz der Vier verläutet, daß ein starker Druck auf Lloyd George ausgeübt werde, um die Bedingungen des Vertrages mit Deutschland abzuändern. Man glaubt, daß der Druck von drei Seiten komme, 1. von den Führern der Radikalen und der Arbeiterpartei, die die Bedingungen zu drastisch finden und fundamental abzuändern wünschen; 2. von den Finanzkreisen, die darauf drängen, daß die Kriegsschuld, die Deutschland an die Alliierten zu zahlen habe, endgültig festgesetzt werde; 3. von einflussreichen britischen Staatsmännern, die der Ansicht seien, daß die Unterzeichnung durch Deutschland wohl einige Konzessionen wert sei, und zwar wegen der großen Schwierigkeiten, deren die Großmächte sich gegenüber sehen würden, falls Deutschland sich weigerte, zu unterzeichnen. Es heißt, daß Lloyd George unter diesem Eindruck für einige Konzessionen eingetreten sei. Clemenceau sträubte sich gegen jede Abänderung und äußerte seine Meinung im Viererrat mit gewohnter Heftigkeit. Wilson ist überzeugt, daß der Vertrag in der vorliegenden Fassung mit den Grundätzen von Recht und Gerechtigkeit genau übereinstimme. Orlando soll der Ansicht sein, daß die Unterzeichnung den Preis eines Kompromisses wert ist.

Westfälische Blätter melden aus Paris, daß auf Grund der letzten Konferenz des Grafen von Brockdorff-Rantzau mit dem Kolonialminister Dr. Bell die deutschen Bevollmächtigten in Versailles neue Erklärungen über die deutschen Kolonien abgegeben werden. Diese Erklärungen erfolgen entweder in der Form einer Note oder als Nachtrag zu den Gegenentwürfen.

Oberschlesien.

Paris, 6. Juni. Laut „Echo de Paris“ ist es möglich, daß in bezug auf die Grenze Oberschlesiens gewisse Anregungen Lloyd Georges weiter verfolgt werden, insofern die Zustimmung der Polen erreicht werden kann. Das „Echo de Paris“ bestätigt, daß die wirtschaftlichen Friedensentwürfe Deutschlands nicht durchdringen werden.

Zu den Berichten über die Zugeständnisse der Alliierten hinsichtlich der Volksabstimmung in Oberschlesien, der Milderung der finanziellen Bedingungen und der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund sagt das „Berliner Tageblatt“: „Durch solche Zugeständnisse würde der Vertrag noch nicht annehmbar sein. Deutschland kann, was den Osten betrifft, fast ebensowenig Danzig und Westpreußen wie Oberschlesien einfach an die Polen ausliefern lassen.“

Der Einbruch in Amerika.

Rotterdam, 6. Juni. „Manchester Guardian“ meldet aus New York, daß die deutschen Gegenentwürfe dort einen guten Eindruck gemacht hätten. Abgesehen von der Forderung einer Volksabstimmung in Elsass-Lothringen, der Zuerkennung von Mandaten an Deutschland über seine früheren Kolonien und der Frage der Nichtbezahlung von Zinsen für die Entschädigungsschuldcheine (Reparations Bonds), werden die deutschen Gegenentwürfe von guten Kennern der Lage, als vollständige Anerkennung der Niederlage Deutschlands angesehen. Der Betrag von 100 Milliarden wird in Amerika als die äußerste Grenze dessen angesehen, das Deutschland niemals erhoffe, bezahlen zu können. Dies scheint auch die Auffassung zu sein, die in der amerikanischen Friedensdelegation vorherrscht.

Die Antwort der Entente.

Versailles, 5. Juni. Die Pariser Blätter melden mehr oder weniger bestimmt und übereinstimmend, die Verbandskonferenz werde ihre Antwort am Dienstag mitteilen, worauf der deutschen Abordnung eine Bedenkfrist bis 15. Juni gelassen werden soll. Der Viererrat besprach die ober-schlesische Frage, in der möglicherweise Änderungen zum Vorteil der Deutschen vorgenommen werden sollen. Unter anderen behandelten Gegenständen wird an erster Stelle die Bemessung des deutschen Schadenersatzes auf eine feste Summe erwähnt.

Die Einberufung der Nationalversammlung.

Die Einberufung der deutschen Nationalversammlung ist, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, für die zweite Hälfte der nächsten Woche zu erwarten, und zwar nach Berlin und nicht nach Weimar. Sie wird sich zu-

nächst mit der Friedensfrage beschäftigen. Morgen kehrt Präsident Fehrenbach nach Berlin zurück. Alsdann wird der genaue Termin der Einberufung festgesetzt werden.

Gegen die Blockade.

Kopenhagen, 6. Juni. (Ritzau.) Eine skandinavische Kollektivnote wurde an die alliierten Mächte gerichtet, die darauf hinzieht, die Unzulänglichkeiten zu verhüten, die die Wiederaufnahme der Blockade gegen Deutschland bedeuten würde.

„Die Rheinische Republik.“

Wie wir schon gestern berichteten, ist die vorläufige Regierung der Rheinischen Republik des Herrn Staatsanwalt Dr. Dörten nach nur vierundzwanzigstündigem Bestehen schon zur Unmöglichkeit geworden. Am Dienstag hatte sich das „Ministerium“ gebildet und seine Zusammenfassung der Öffentlichkeit durch eine Notiz in der Wiesbadener „Rheinischen Volkszeitung“ mitgeteilt, am Mittwoch stürzte die „Regierung“ bei dem Versuch, von dem Wiesbadener Regierungsgebäude Besitz zu ergreifen und die Zügel der Gewalt an sich zu reißen. Bei den Auseinandersetzungen zwischen der „Regierung“ und den Beamten im Wiesbadener Regierungsgebäude kam es zu Tötlichkeiten, in deren Verlauf einige Mitglieder der „Regierung“ blutige Ränge davontrugen. Nachdem der herbeigerufene Kommandant Herr Oberstleutnant Pineau erklärt hatte, daß er in der Anerkennung dieser sonderbaren Regierung vollständig neutral bleibe und sich nicht in deutsche Angelegenheiten mische, nur mühte er darauf, daß Ruhe und Ordnung herrschen, machte der stellvertretende Regierungspräsident Ober-Regierungsrat Springorum von keinem Hausrecht Gebrauch. Er befahl der Polizei, die Eindringlinge hinaus zu weisen, was denn auch sofort geschah. Unter dem Schutze der Polizei besetzte die „Regierung“ ein Auto und unter ironischen Rundgebungen des Publikums räumte sie das Kampffeld. Die erregten Gemüter der Bevölkerung werden sich hoffentlich nun beruhigen, nachdem dieser unpassende politische Karneval ein schnelles Ende gefunden hat.

Politische Rundschau.

Die Gemeinde-Einkommenbesteuerung im Jahr 1919.

Die Preussische Landesversammlung hat sich am Mittwoch u. a. mit der zweiten und dritten Lesung des Gesetzesentwurfs über die Gemeindeeinkommenbesteuerung im Jahre 1919 beschäftigt. Berichterstatter Haas (Soz.): Der Gemeindeeinkommensteuergesetz der Regierung vorgeschlagene Staffelung dahin geändert, daß die Gemeinderden im Jahre 1919 berechnigt sind, die Einkommen von 1500 bis 3900 M. niedriger als nach dem jetzt geltenden Tarif zu besteuern und dafür Einkommen von mehr als 6500 M. stärker heranzuziehen. Auer (Dem.): Wir sind mit dem Grundgedanken des Gesetzes einverstanden. Aber manche Bedenken sind noch zu beseitigen. Stiller (Ztr.): Die Kommission hat die Vorlage wesentlich verbessert. Wir stimmen ihr zu. Fuchs (Deutschnat.): Wir stimmen der Vorlage ebenfalls zu. Stöder (U. Soz.) empfiehlt einen Antrag seiner Partei, durch eine entsprechend verstärkte Staffelung die Einkommen bis zu 5000 M. zu entlasten. Finanzminister Dr. Seldkum: Es muß dem Volke die Wahrheit entgegengehalten werden, daß in dieser Zeit die Einkommen von 5000 M. unendlich entlastet werden können. Leidig (Deutsche Vpt.): Wir werden die Vorlage nach den Ausschlußbeschlüssen annehmen. — Die Vorlage wird nach weiterer unerheblicher Ausharung und nach Ablehnung des Antrages der Unabhängigen in zweiter Lesung einstimmig angenommen, ebenso in dritter Lesung.

Ueber dieses Gesetz zur Schonung der kleinen Einkommen macht die „Rdn. Volksztg.“ folgende nähere Angaben: Das Gesetz gibt den Gemeinderden ausnahmsweise für 1919 das Recht, die Gemeindeeinkommenbesteuerung so zu regeln, daß die steuerpflichtigen natürlichen Personen zu den Gemeindegeldzuschlägen nach einem Tarif herangezogen werden, der in seinen Sätzen bei Einkommen von mehr als 900 bis einschließlich 1050 Mark bis zu 100 Proz., bei 1051 bis 1200 Mark bis zu 100 Proz., von 1201 bis 1350 Mark bis zu 90 Proz., bei 1351 bis 1500 Mark bis zu 80 Proz., bei 1501 bis 1650 Mark bis zu 70 Proz., bei 1651 bis 1800 Mark bis zu 60 Proz., bei 1801 bis

2100 Mark bis zu 50 Proz., bei 2101 bis 2400 Mark bis zu 40 Prozent, bei 2401 bis 2700 Mark bis zu 30 Proz., bei 2701 bis 3000 Mark bis zu 20 Proz. hinter den gegenwärtigen Tarif zurückbleibt, und daß dafür die steuerpflichtigen Personen mit einem Einkommen von mehr als 5000 Mark nach einem Tarife herangezogen werden, dessen Sätze die gegenwärtig geltenden überschreiten, dabei jedoch nicht über die im § 1 des Gesetzes vom 8. Juli 1916 für die natürlichen Personen vorgesehenen Zuschlagsprozente hinausgehen. Das durch die stärkere Heranziehung der höheren Einkommen entstehende Mehr an Steuer soll den durch die Entlastung der niederen Einkommen entstehenden Ausfall nicht überschreiten.

Eine neue Steuer.

Durch die Presse geht die Nachricht, Reichsfinanzminister Dernburg werde in nächster Zeit der Öffentlichkeit eine Anregung zu einem Gesetz unterbreiten, durch das den notleidenden Reichsfinanzen eine starke Einnahmequelle erschlossen werden soll. Von einem bestimmten Tag an sollen alle Betriebe täglich eine Stunde länger als bisher arbeiten. Für diese Reichsarbeit soll dem Arbeiter zunächst der übliche Stundenlohn ausgezahlt werden. Da sonst für die Ueberstunden ein höherer Lohn bezahlt wird, soll der Unternehmer diese Ueberstunde mit einem Aufschlag von einer Mark auf den gewöhnlichen Stundenlohn bezahlen. Diese Mark werde aber nicht dem Arbeiter ausbezahlt, sondern an die Reichskasse abgeführt. Da in Deutschland etwa 21 Millionen für Tagelohn arbeiten, würde das der Reichskasse eine jährliche Einnahme von etwa 7 Milliarden erbringen. Wie die „Rdn. Ztg.“ aus dem Reichsfinanzministerium erfährt, dürfte dem Gedanken einer Steuererhebung, die gleichzeitig die Produktion fördern könnte, wohl ernstliche Beachtung zuteil werden, besonders was die einseitige Belastung der Arbeiterschaft betrifft. Es könnte wohl aus der erhöhten Produktion der Betriebe eine Steuer erhoben werden, aber die Mehrbezahlung der Ueberstunden müßte doch den Arbeitern zugute kommen. Auch sei es wohl schwer, ohne weiteres eine solche Arbeitsstunde einzuführen, da in vielen Betrieben die Aufträge, in vielen anderen die Rohstoffe fehlen. Durch den Austausch von Fabrikaten zwischen den einzelnen Betrieben und auch durch den Austausch mit dem Ausland zur Einfuhr von Rohstoffen könnte allerdings in dieser Hinsicht ein Ausgleich allmählich stattfinden. Immerhin stelle die ganze Anregung eine zwar interessante, aber noch nicht im einzelnen irgendwie im Reichsfinanzministerium oder gar im Reichskabinett beratene Anregung dar.

Schwarz-Rot-Gold.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung nahm in der Abstimmung über die Reichsfarben die Regierungsvorlage, die als Farben Schwarz-Rot-Gold vorsieht, mit 15 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten (mit Ausnahme des Abg. Koch-Rassel gegen 11 Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und des Abg. Koch-Rassel an. Die „Kreuztg.“ glaubt nicht, daß die Nationalversammlung dem Beschluß des Verfassungsausschusses in der Reichsfarbenfrage beitreten wird.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Dieser Tage wurde gemeldet, der Generalfeldmarschall v. Hindenburg beabsichtige, einen Erholungsurlaub nach der Schweiz zu nehmen. Demgegenüber ist der „Hann. Kurier“ ermächtigt, ausdrücklich zu erklären, daß diese Meldung falsch ist. Hindenburg wird nicht in Urlaub gehen und nicht den deutschen Boden verlassen.

Bethmann Hollweg's Betrachtungen zum Weltkrieg.

In den nächsten Tagen erscheint der erste Teil des Buches des früheren Reichskanzlers von Bethmann Hollweg, „Betrachtungen zum Weltkrieg.“ Das Buch behandelt die Grundzüge der politischen Entwicklung in Europa bis zum Ausbruch des Weltkrieges.

Heimkehr der letzten Deutschen aus Deutsch-Afrika.

Berlin, 5. Juni. An amtlicher Stelle ist die Nachricht eingetroffen, daß der Dampfer „Chesop Castle“ um die Mitte

des Monats Mai von Dar-es-Salam abfahren sollte. Auf diesem Dampfer wird den letzten noch im Schutzgebiet Deutsch-Afrika befindlichen Deutschen die Heimreise ermöglicht. Der Tag des Eintreffens in Rotterdam, das für Mitte d. M. zu erwarten ist, wird noch bekannt gegeben werden.

Heimkehr kranker deutscher Krieger.

Nach der Genfer „Suisse“ hat die Entente die Erlaubnis erteilt, daß die letzten deutschen kranken Internierten nach Deutschland zurückkehren können. Es handelt sich um 3000 Mann, die wahrscheinlich am 17. Juni die Schweiz verlassen werden. Die Rückkehr der übrigen deutschen Internierten ist noch nicht bestimmt worden.

Streik in Italien.

Bern, 6. Juni. In Rom sind neue Streiks ausgebrochen. Außer den Straßenbahnern traten auch die Metallarbeiter in den Streik. Über 50 000 Mann streiken. Auch die italienische Lehrerschaft ist in eine Lohnbewegung eingetreten. Eine Abordnung erklärte, daß die ganze Lehrerschaft in den Streik treten würde, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Die „Tribuna“ stellt fest, daß die Ursache des Ausstandes neben der bolschewistischen Propaganda in den Lebensmittelpreislagen zu suchen sei und daß darin sofort eine Besserung notwendig sei.

Eine Ansprache Wilsons.

Nach einem Funkpruch aus Lyon vom 1. Juni hielt Wilson bei der Feier des amerikanischen Gedentages in Paris zu Ehren der im Weltkriege Gefallenen eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Diese Ruhmreichen gaben ihr Leben, um ihren Eifer für die Grundsätze zu beweisen. Sie überließen es uns, darüber zu wachen, daß diese große Sache weder im Kriege noch im Frieden treulos verlassen werde. Diese Männer kamen nicht über den Ozean, nur um Deutschland und seine Verbündeten zu schlagen, sie kamen, um für immer das aus dem Wege zu räumen, was die Mittelmächte darstellten. Endlich kamen sie, um daran mitzuwirken, daß nie wieder ein ähnlicher Krieg unternommen werde. Jetzt ist es an uns, die wir Zivilisten sind, von den Waffen Gebrauch zu machen, die uns in die Hand gegeben wurden, um für immer einen neuen ähnlichen Krieg zu verhindern. Diejenige Nation, die sich jetzt von dieser Eintracht entfernt halten möchte, beginge einen Verrat an der Menschheit. Es ist also Pflicht, solche Sicherungen zu treffen und aufrecht zu erhalten, dank deren die heimgesuchten Mütter Amerikas, Frankreichs, Englands, Italiens, Belgiens und aller anderen Nationen nie wieder dazu berufen zu werden brauchen, solche Opfer zu bringen. Dies kann geschehen und muß und wird geschehen. Was diese Männer uns hinterlassen, ohne es wirklich zu begreifen, ist dieser große Organismus, den wir soeben durch den Völkerbund gegründet haben. Ich habe den Staatsmännern, mit denen ich zu verhandeln hatte, die Idee eingebläht, daß hier ein Völkerbund und nicht nur eine Art Friedensabkommen geschlossen werden muß, das sich später von selber ergibt. Wir müssen eine Organisation haben, die uns allen gestattet, fest darauf zu vertrauen, daß der Friede aufrecht erhalten wird und daß die Resultate, zu denen wir gelangt sind, ebenso unangreifbar gemacht werden wie sämtliche Minister aller großen Nationen, die Deutschland angegriffen hat, sie unangreifbar machen könnten. Wir haben die Herausforderung angenommen; das Resultat ist, daß ein Krieg nicht wieder vorkommen wird.

Senator Johnston gegen den Völkerbund.

Washington, 5. Juni. (Havas.) Der republikanische Senator Johnston hat eine neue Kampagne gegen den Völkerbund aufgenommen, den er als einen großen wirtschaftlichen Welttrüß bezeichnet. Er behauptet, die Vereinigten Staaten hätten sich auf der Konferenz in

Paris bei der Diskussion über die europäischen und asiatischen Fragen, bei denen sie große Fehler gemacht hätten, viele mächtige Feinde zugezogen. Namentlich die Lösung der Schantungfrage wird von Johnston bitter empfunden.

Leviné hingerichtet.

Laut „München-Augsburger Abendzeitung“ ist das Todesurteil an Leviné-Rissen am Donnerstag in der Mittagsstunde vollstreckt worden.

Lokalnachrichten.

§ Königstein, 7. Juni. (Fußballklub Königstein 1910). Gestern abend hielt der Verein eine von Mitgliedern stark besuchte Versammlung in seinem Vereinslokal „Zur Post“ ab. Den Hauptpunkt der Sitzung bildete die Frage des evtl. Anschlusses des Vereins an den Süddeutschen Verband. In dieser Hinsicht macht sich auch eine Neuaufstellung der Statuten notwendig und wurde deshalb zur Bearbeitung derselben eine besondere Kommission berufen. Des weiteren wurde Bericht über eine stattgehabte Revision erstattet, wonach dem Verein ein Reinertrag von 274.55 Mk. nachgewiesen werden kann. Das starke Anwachsen des Vereins von 24 Mitgliedern im April ds. Js. auf die gegenwärtige hohe Anzahl von 80 Mitgliedern machte die Bildung einer dritten Spielmannschaft notwendig und gleichzeitig damit eröffneten sich außerdem die Aussichten auf eine Jugendmannschaft. Zum Trainer und Aufsichtsführenden wurde einstimmig Lorenz Marnet gewählt. Für die Pfingstspiele, welche gegen den Sportklub „Allemannia“ stattfinden werden, wurde die Mannschaftsstellung vorgenommen. Eine Telleransammlung zur Anschaffung einer dringend notwendig gewordenen Fußballpumpe ergab 15.09 Mk. Mit den Neuaufnahme von 10 weiteren Mitgliedern schloß die Versammlung.

* Schier unglaubliche Mengen Schmalz scheint man in Reichenberg zu konsumieren, denn gestern fand sich ein ganzer Wagenpark am hiesigen Bahnhof ein, um eine Riste nach der anderen zu verladen. Da diese Belieferung noch neben der amtlichen Zuteilung erfolgt, erscheint es recht rätselhaft, wo die begehrte Fettmenge eigentlich verbraucht wird.

* Prägung von Reichsmünzen. Im April sind in den deutschen Münzstätten geprägt worden: An Silbermünzen 456 571 Mark 50-Pfennig-Stücke; an Eisenmünzen 1 113 523 Mark 5-Pfennig-Stücke und an Zinkmünzen 436 693 Mark 10-Pfennig-Stücke.

* Gefälschte Zinscheine. Nach Mitteilung der Reichsschuldenverwaltung sind zahlreiche Fälle von Fälschungen und Verfälschungen der am 2. Januar ds. Js. fällig gewordenen Zinscheine der fünfprozentigen Reichsschuldverschreibungen (Kriegsanleihen) vorgekommen. Es dürfte sich daher empfehlen, bei der Annahme solcher Zinscheine mit der nötigen Vorsicht zu verfahren.

* Die Fünfzigmark Scheine mit dem dicken braunen Linienrand und dem Datum vom 20. Oktober 1918 sollen nach einer kürzlich durch die Zeitungen gegangenen Nachricht in nächster Zeit zum Einzug bestimmt sein. Von Banken und öffentlichen Kassen wird nun mitgeteilt, daß ihnen eine amtliche Mitteilung hierüber bis jetzt noch nicht zugegangen sei. Unter diesen Umständen liegt also für das Publikum zunächst keine Veranlassung vor, sich dieser Banknoten zu entäußern.

* Postalisches. Nach Ostgalizien, d. h. Galizien östlich des San, sind gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen auf Gefahr des Absenders zur Postbeförderung zugelassen worden.

* Ein trockener und heißer Sommer in Aussicht. Man schreibt: Durch die Presse ging eine Mitteilung, nach der man in den Kreisen der Meteorologen mit einem sehr beständigen und heißen Sommer rechnet. Die Botaniker und Forstleute neigen der gleichen Ansicht zu, da sie die alte, oft

erprobte Bauernregel, die sich auch 1911 bei dem heißen Sommer bestätigt hatte, gelten lassen wollen: „Blüht die Esche vor der Esche, — Hält der Sommer große Weiche!“ Der Laub- und Blütenausbruch bei den Eschen, und zwar nicht nur bei den Winter-, sondern ebenso sehr bei den Sommereschen, ist diesmal ganz besonders spät erfolgt. Die Eschen blühten in guten sonnigen Tagen schon längst, ehe die Eschen überhaupt ihre Blattknospen zu sprengen vermochten. Die gleiche Erfahrung hat man im Frühjahr 1911 gemacht, weshalb man die alten Grundsätze als Beweis dafür ansehen will, daß wir einen trockenen und heißen Sommer erhalten. Ein schöner Sommer und ein gutes Obstergebnis wäre aber in all dem Leid und Elend der Zeit gewiß erfreulich.

* An aktiven Offizieren hatte das deutsche Heer insgesamt 35 000, davon sind 12 000 gefallen, 1000 werden vermißt, 19 000 sind verwundet worden, so daß kaum 3000 gesund aus dem Felde zurückgekehrt sind. Von den Offizieren des Beurlaubtenstandes sind etwa 22 000 tot, 2000 vermißt, 33 000 verwundet. Die Gesamtzahl der Offiziere des Beurlaubtenstandes belief sich auf 166 000.

* Entfernung der Kaiserbilder aus den Gerichtssälen. (Abschrift eines Schreibens des Justizministers vom 24. April 1919 an die Gerichtsbehörden.) In den Sitzungsräumen des Gerichts befinden sich vielfach Bildnisse des Königs Wilhelm II. Infolge der Veränderung der Staatsform haben diese in jenen Räumen ihre bisherige Bedeutung verloren, da nicht mehr „Im Namen des Königs“ Recht gesprochen wird. Sie sind daher aus den Sitzungsräumen zu entfernen. Soweit etwa besondere Einrichtungen für die Aufnahme der Bilder, Büsten usw. in oder an der Wand der Holztäfelung getroffen sind und Bedenken gegen die Beseitigung wegen einer erheblichen Schädigung des Gesamteindrucks des Raumes bestehen, ist besonders zu berichten. — Sie wollen dafür Sorge tragen, daß die Entfernung der Bilder usw. tunlichst unauffällig erfolgt. — Mit Bildnissen anderer, bis zum Ausbruch der Revolution regierender Fürstlichkeiten ist gegebenenfalls in gleicher Weise zu verfahren.

Von nah und fern.

Bad Homburg v. d. H., 6. Juni. Die Stadt ist in der Lage, Kartoffeln in beliebigen Mengen an die Bürger zu abzugeben, sogar kartoffelfrei. Das Pfund kostet aber 45 Pfg. Wer auf Karten seinen Bedarf deckt, hat „nur“ 40 Pfg. zu bezahlen.

Ufingen, 6. Juni. Aus dem Lager des hiesigen Reiffeisen-Hauses wurden in einer der letzten Nächte bedeutende Mengen Rüböl und wahrscheinlich auch Weizen gestohlen. Das Del sollte an die Kreisbevölkerung verteilt werden.

Limburg, 6. Juni. In Eichhofen bei Limburg sind die schwarzen Boden ausgebrochen. Es wurden bisher 40 Fälle festgestellt.

Diez, 6. Juni. Bürgermeister Scheuern wurde mit der Leitung des Unterlahnkreises beauftragt.

Coblenz, 6. Juni. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich gestern im Pulverdepot Mülheim bei Coblenz. Auf bisher unaufgeklärte Weise flogen mehrere Körbe mit Munition in die Luft. Sieben Arbeiter wurden schwer, eine größere Zahl leicht verletzt. Nur dem müßigen Eingreifen eines Lokomotivführers, eines Heizers, eines Regierungsrates und zweier amerikanischer Offiziere ist es zu verdanken, daß ein unüberschaubares Unglück verhütet wurde. Diese drangen durch den Geschloßhagel hindurch und führten einen im Depot stehenden mit 18 000 schweren Granaten beladenen Eisenbahnzug hinaus und in Sicherheit.

Straroth, 6. Juni. Das Opfer eines Lustmordes ist die 18jährige Wilhelmine Frankenhach, Tochter der Witwe Karl Frankenhach von hier, geworden. Das Mädchen war in Limbach bei dem Landwirt Großmann

endlich richteten die Engländer einen gewaltigen Angriff auf die Front Le Cateau—Solesmes, zwischen dem Sambrokanal und dem Escantfluß, drangen tief in die deutschen Verteidigungslinien ein und bemächtigten sich dabei zahlreicher Dörfer.

Kurzgefaßt. Die deutschen Armeen zogen sich am 1. Oktober eiligst in den Schlupfwinkel der Ardennen zurück und da sie von der Fronte ernstlich bedroht waren, befanden sie sich in einer sehr verhängnisvollen Lage. Daher begreiflich das schnelle Waffenstillstandsangebot, welches Deutschland am 5. Oktober vorlegte. Welche eine Aenderung in nicht ganz 3 Monaten! Welche Aenderung der militärischen und politischen Lage nach 78 Kampfjahren der alliierten Armeen seit der Wiederaufnahme der Offensive vom 18. Juli. Welche plötzliche Enthüllung der Niederlage der Zentralmächte. Welche eine Belohnung für die Alliierten, die hartnäckig und vertrauensvoll in den kritischen Tagen es verstanden hatten, durch ihre Standhaftigkeit, ihre Tapferkeit und Opfermut zu diesem entscheidenden Ruhm zu gelangen. (Fortsetzung folgt.)

Die Schlachten von 1918.

2. Die Offensive der Alliierten in Flandern und ihre Folgen.

Am 28. September griffen die Belgier und die Engländer verbündet von Dixmuiden nach Ypern und von da aus Barmeton an. Die ersten unter dem Oberbefehl des Königs Albert, die zweiten unter dem General Blumer. Französische Truppen unterstützten dabei die belgische Armee. Unterdessen beschloß die englische Flotte die belgische Küste mit Erfolg. Es war ein neuer Sieg, die Zahl der Gefangenen und der erbeuteten Kanonen war bedeutend. Der Wald von Houlloult war eingenommen, die Alliierten waren vor Menin und Roulers angekommen und überschritten die Yps zwischen Werwich und Commines. Am 2. Oktober, als sich die Deutschen auf ihrer rechten Seite bedroht fühlten, gingen sie an, Lille zu räumen und an der belgischen Küste ihre schwere Artillerie. Die Schnelligkeit des Vormarsches zwang die Alliierten, den Kampf einzustellen, was ihnen jedoch erlaubte, die Wiederaufnahme der Offensive vorzubereiten unter Bedingungen, die es ermöglichten, einen neuen Erfolg zu sichern, Eisenbahnen und Straßen für die Verstärkung und Munition zu bauen. Am Morgen des 14. fing die Schlacht wieder an. Die Franzosen nahmen Roulers ein. Die Belgier erreichten Thourout. Die Engländer nahmen Menin und Werwich. In 2 Tagen wurden 12 000 Gefangene und über 200 Geschütze eingebracht. Am 15. überschritten die Belgier die Yps am Kanal von Dixmuiden und die Engländer die Yps oberhalb Menin und gingen mehrere Kilometer auf dem rechten Flügel vor. Die Belgier bemächtigten sich Thourout, die Franzosen Lichterwende, die Engländer Courtrai. Am 17. Oktober endlich hob sich unter dem siegreichen Vorgehen der verbündeten Armeen, welche unter dem Oberbefehl des Königs Albert standen, der Rückzug der Deutschen zwischen der Nordsee und der Yps besonders her-

vor. Das Vorgehen der Alliierten war ein Ergebnis von 20—30 Kilometer auf einer Frontbreite von 50 Kilometer. Die belgische Armee drang in Ostende ein, ihre Kavallerie stand vor den Toren von Brügge. Am 19. nahm die belgische Armee Zeebrugge ein und hielt ihren Einzug in Brügge. Die französische Armee unter dem General Degoutte bemächtigte sich Thielt nach einem verzweifelten Kampfe und bereitete einem Kavallerie-Korps freie Bahn nach der Yps. Die englische Armee, welche Roubaix und Tourgoing am 19. befehligte hatte, befreite Courtrai und drang bis in die Nähe des Escant-Flusses vor.

Während diese Schlachten sich in Flandern abspielten, ließ die englische Armee, die mehr im Süden war, den Deutschen, die noch in Nord-Frankreich verbunden waren, keinen Augenblick Ruhe. Sie verfolgte den Durchbruch nach dem Süden der Gegend von Lille hin, den die unter dem König Albert geführte Offensive nach dem Norden hin verwirklichte. Am 10. Oktober bemächtigten sich die Engländer Le Cateau, stießen weit über Bohain vor, bedrohten Duai, Denain und Valenciennes. Am 15. überschritten sie den Kanal der Haut-Deule und waren in der Umgebung von Haubourdin, der Vorstadt von Lille. Am 17. Oktober griffen die englisch-amerikanischen Truppen auf einer Front von 18 Kilometer im Nordosten von Bohain an, indem sie die stark besetzte Linie der Selle einnahmen. Sieben deutsche Divisionen wurden geschlagen, 7000 Gefangene und zahlreiche Geschütze zurückgelassen. Douai wurde genommen und Lille von der englischen Armee unter General Priwod befehligte. Am 18. setzte die amerikanische Armee ihre bemerkenswerten Vorfürsungen fort in Verbindung nach rechts mit der französischen Armee unter General Debeney. Das Ergebnis war ein Vorgehen von 12 Kilometer und weitere 6000 Gefangene. Am darauffolgenden Tage dauerte das Vorgehen zwischen der Dife und Le Cateau fort. Die Alliierten bemächtigten sich Denins und entziffen dem Feinde Marchienne. Am 23.

JEDE SORGE

wegen

schadhafter Dächer

beseitigt

AMBI, Abt. II K

Charlottenburg 9

in Dienst. Am 25. Mai wollte es seine Mutter besuchen, aber hier nicht angekommen. Erst fünf Tage später fiel das Verschwinden des Mädchens auf, und als man nun Nachforschungen anstellte, fand man im Walde in der Nähe der Hühnerstraße die schrecklich zugerichtete Leiche. Der Hals war durchschnitten, das linke Auge hing aus dem Kopfe und die Kleider waren zerfetzt. Es muß ein harter Kampf zwischen dem Täter und seinem Opfer stattgefunden haben. Von dem Mörder fehlt bis jetzt noch jede Spur.

Berlin, 6. Juni. Wie die „B. Z. am Mittag“ meldet, ist Hauptmann Beerfelde gestern Abend durch Offiziere in einem Restaurant verhaftet worden.

Letzte Nachrichten.

Die Festsetzung der Schuldverpflichtungen.

mz. Paris, 6. Juni. (Havas.) Wie der „Matin“ berichtet, wird man den Deutschen, die die Festsetzung ihrer Schuldverpflichtungen verlangen, wahrscheinlich das annähernde Höchstmaß der Zahlungen mitteilen, denen sie sich gegenüber finden werden. Das Blatt glaubt, daß diese Summe 200—250 Milliarden betragen wird.

Die Nationalversammlung.

mz. Berlin, 6. Juni. Präsident Fehrenbach ersuchte die Mitglieder der Nationalversammlung, von Donnerstag den 12. Juni ab in Weimar anwesend zu sein. Nach einer Berliner Meldung tritt der Friedensausschuß der Nationalversammlung morgen zu einer Sitzung zusammen, in der Vertreter der Regierung über den gegenwärtigen Stand der Friedensfrage Bericht erstatten.

Die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums.

mz. Berlin, 5. Juni. Ueber die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums teilt das „Tageblatt“ mit, daß die Arbeitsorganisation durch ein Reichsgesetz noch vor der Verabschiedung der Verfassung ins Leben zu rufen sei. Neben einer regionalen Organisation legt das Reichswirtschaftsministerium entscheidendes Gewicht auf eine sachliche Organisation. In dieser sollen auch Vertreter des Handels und der Verbraucher Sitz und Stimme erhalten.

Scheidemann und Leviné.

mz. Berlin, 6. Juni. Laut „B. Z. am Mittag“, hat Ministerpräsident Scheidemann unter ausdrücklicher Betonung, daß ein amtliche Schritt nicht möglich und nicht so beabsichtigt sei, den bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmann dröhnend gebeten, die Urteilsvollstreckung gegen Leviné bis zu einer mündlichen Aussprache zwischen beiden, aufzuschieben. Das Urteil war aber bereits vollstreckt, ehe die Bitte wirksam werden konnte.

Deutsch-Oesterreich.

mz. Wien, 6. Juni. Wie die „Reichspost“ erfährt, wandte sich Fürstbischof Wüßl in Wien namens des deutsch-oesterreichlichen Episkopats in einer Eingabe an den Papst, in der dessen Intervention gegen den Friedensentwurf von St. Germain angerufen wird. — Den Blättern zufolge marschierten einige Tausend Senegalneger durch Preßburg an die tschecho-slowakische Front. Weitere Transporte Senegalneger kamen durch Brünn.

mz. Wien, 6. Juni. Gestern nachmittag fand eine von dem revolutionären Soldatenkomitee einberufene Kundgebung gegen die von der Entente geforderte Herabsetzung der Volkswehrbestände statt, woran außer Abteilungen der Volkswehrataillone auch Arbeiter und Arbeitslose teilnahmen. Die Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf. Unter Hochrufen auf die Weltrevolution setzten sich die Teilnehmer nach der Ringstraße in Bewegung und sandten eine Abordnung an den Staatssekretär Deutsch. Ein kleiner Trupp wollte vor dem Hotel Atlantic gegen den Gewaltfrieden demonstrieren, wurde aber von den Ordnern beruhigt. Abends löste sich der Zug in voller Ordnung auf. Deutsch erklärte der Abordnung, da die Entente auf dem Abbau der Volkswehr bestche, bleibe nichts übrig als ihn durchzuführen.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

mz. London, 7. Juni. Im Unterhaus erklärte Answer, die Lage bezüglich der Lebensmittelversorgung Deutschlands sei die, daß die Lebensmittel in großen Mengen von Amerika nach dem Festlande geschickt würden.

Generalsstreik in Berlin.

mz. Berlin, 7. Juni. Die großen Berliner Arbeiter- u. Soldatenräte beschlossen den heute Abend beginnenden, einseitigen Generalsstreik als Protest gegen die Vollziehung des Todesurteils Levinés. Der Streik begann heute Abend 6 Uhr umfaßt aber die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke nicht.

Braunschweig.

mz. Berlin, 7. Juni. Ein Erlass der Reichsregierung hebt den Belagerungszustand der Gebiete des Freistaates Braunschweig auf.

Zur Streitfrage in Paris.

mz. Paris, 7. Juni. (Havas.) In einer Besprechung im Arbeitsministerium zwischen den Vertretern der Bergwerk-Gesellschaften des Nordens und des Pas de Calais sowie der Arbeitervertreter kann es zu einer Einigung, durch die der Konflikt geändert wurde.

Riime.

mz. Paris, 6. Juni. (Havas.) Laut „Petit Parisien“ hat die südlawische Delegation Wilson ein Memorandum hinsichtlich der Riime-Frage überreicht.

Die Lage in Rußland.

mz. Stockholm, 6. Juni. (Havas.) Nach einer Meldung aus Helsingfors fanden zwischen englischen und russischen Schiffen in den letzten Tagen zwei Treffen statt. Das eine Mal auf der Höhe von Orto, wo vier rus-

fische Schiffe vor zwei englischen die Flucht ergriffen und den Transport im Stich ließen. Das andere Treffen fand im finnischen Meerbusen statt, wo sechs russische Schiffe nach einem heftigen Bombardement von halbständiger Dauer vor mehreren englischen Schiffen flüchteten.

mz. Helsingfors, 6. Juni. Infolge Feuern einer bolschewistischen Feldwache auf gegenüberliegende finnische Truppen entspann sich am Spätherbst gestern Abend ein lebhaftes Feuergefecht, das sich unter Teilnahme von Maschinen-gewehren und Artillerie über die ganze finnisch-russische Grenze zwischen dem finnischen Meerbusen und dem Ladoga-See ausdehnte. Zur Vergeltung beschossen die finnischen Küstenbatterien von Jne morgens Kronstadt, ohne daß das Feuer erwidert wurde. Man befürchtet, daß die Entwicklung zu offenem Krieg zwischen Finnland und dem Räte-Rußland führen könne. Die gegen Ostchina vorrückenden russischen Streiktruppen mußten unter dem bolschewistischen Druck gegen 40 km zurückweichen, dagegen zwingt der finnische Vormarsch gegen Kreuzburg, wo 1600 Gefangene gemacht wurden, die Bolschewisten, sich ostwärts zurückzuziehen.

Der Feiertage wegen erscheint die nächste Nummer am Mittwoch.

Farbbänder

für Schreibmaschinen, Kohle- und Durchschlagpapier sowie alle sonstigen Bedarfsartikel, beste Qualität, liefert schnellstens die Druckerei Ph. Kleinbühl, Königstein i. T., Fernruf 44

Katholischer Gottesdienst in Königstein.

Pfingstsonntag.

Vormitt. 7 Uhr Frühmesse. 9¹⁵ Uhr Hochamt mit Predigt. Nachmittags 2 Uhr Andacht zum hl. Geist. 4 Uhr Beichtgelegenheit.

Pfingstmontag.

Bei günstiger Witterung um 5 Uhr die übliche Bußprozession auf den Romberg. Im unmittelsbaren Anschluß daran hl. Messe. Bei schlechtem Wetter um 7 Uhr Frühmesse. Hochamt und Andacht wie an Sonntagen.

Kirchliche Nachrichten aus der evangel. Gemeinde Königstein:

1. hl. Pfingsttag.

Vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst. 11¹⁵ Uhr Jugendgottesdienst.

2. hl. Pfingsttag.

Vormittags 10 Uhr Predigtgottesdienst.

Kirchlicher Anzeiger der evang. Gemeinde Schneidhain

Am 1. Pfingsttag nachmittags 2 Uhr Gottesdienst.

(Derr Blotter Rauen-Neuenhain.)

Kirchliche Nachrichten aus der evangelischen Gemeinde Falkenstein:

Am 2. Feiertag, vormittags 11 Uhr, Gottesdienst.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Gemeindevorstände erinnere ich an die Erledigung meiner Rundverfügung vom 7. 5. 1919 — K. A. I. 506 — betr. Fragebogen über die Mehrbelastung der Gemeinden während des Krieges (umfassend die Zeit bis 31. 12. 1918) gegenüber dem Frieden.

Königstein (Taunus), den 5. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses: Jacobs.

Nach einer Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten zu Wiesbaden vom 31. Mai sind auf Anordnung der französischen Militärbehörde nachstehende amtlichen Blätter in den besetzten Gebieten zugelassen:

1. Der Reichsanzeiger (moniteur de l'Empire)
2. Der Staatsanzeiger (moniteur des Etats Confédérés) de Prusse de Bavière de Oldenburg et de Hesse
3. Zentralblatt für das deutsche Reich
4. Preussische Gesetzammlung
5. Ministerialblatt der Handels- und Gesetzverwaltung.

Königstein i. T., den 6. Juni 1919.

Der Landrat: Jacobs.

Baupolizeiliche Erleichterungen für Mittelhäuser.

(Dreigeschossige Wohnhäuser.)

A. Begriffsbestimmung.

Als Mittelhäuser gelten Wohnhäuser für Klein- und Mittelwohnungen, die folgenden Anforderungen entsprechen:

a) sie dürfen nicht mehr als drei Vollgeschosse haben.

Ein Wohnhaus verliert die Eigenschaft als Mittelhaus nicht, wenn im Bedarfsfalle Einzelwohnräume, die als Zubehör zu den unteren Geschosswohnungen dienen, im Dachgeschoss eingebaut sind,

oder sie dürfen nicht mehr als zwei Vollgeschosse und ein voll ausgebautes Dachgeschoss mit selbständigen Wohnungen haben.

Die nachstehenden Erleichterungen für Mittelhäuser sind im Falle des vollen Ausbaues des Dachgeschosses nur dann zu gewähren, wenn über dem Kehlgebälk genügend Raum für Abstellkammern und Trockenböden (etwa 10 qm für jede Wohnung) zur Verfügung bleibt:

b) sie dürfen nicht mehr als sechs Wohnungen enthalten, wobei jedes Geschoss aus höchstens acht Wohnräumen bestehen darf, deren Größe und Ausstattung den ortsüblichen Verhältnissen bei Klein- und Mittelwohnungen entspricht;

c) sie dürfen keine größeren Geschosshöhen als 3,30 m in den unteren Vollgeschossen und 3,0 m im obersten Vollgeschoss haben;

d) sie dürfen keine Wohnräume im Kellergeschoss haben.

B. Erleichterungen baupolizeilicher Forderungen für Mittelhäuser.

1. Technische Vorschriften.

1. Aufgehende Wände. Es kann davon abgesehen werden, für aufgehende Wände, insbesondere auch für Umfassungswände, ausschließlich massive Bauart zu fordern. Insbesondere in Gegenden, in denen mehr-

geschossiger Fachwerkbau bodenständig ist, ist dieser mit der ortsüblichen Bekleidung als Wetterschutz, ebenso die Verwendung von Leichtsteinen mit Außenputz und Verkleidung sowie jede andere behördlich anerkannte Bauweise zuzulassen, wenn sie den örtlichen Verhältnissen entspricht. Nebenbaulichkeiten ohne Feuerstätten dürfen auch aus Brettwerk hergestellt werden; jedoch müssen Ausbauten in dieser Ausführung feuergefährliche Bedachung erhalten. Balkenträgen Zwischenräume dürfen auch von ausgemauertem, geputztem Fachwerk oder als einen halben Stein starke Ziegelwand in verlängertem Zementmörtel mit Eiseneinlage hergestellt werden. Für die Mauerstärken kann unter Berücksichtigung der klimatischen Verhältnisse und der Beschaffenheit der örtlich zur Verfügung stehenden Baustoffe die folgende Liste als Anhalt dienen:

Mauerstärken für Mittelhäuser in Steinmaßen.

	1	2	3	4	5	6	7
Geschoss	Belagte Außenmauern mit Gefälle	Belagte Wände und Treppenhäuser	Nicht gemeinschaftliche Brand- oder Giebelmauern ohne Öffnung und Belastung	bei Wänden gleichstarke Mauerwerk auf dem Nachbargrundstück	bei Treppen gleichstarke Mauerwerk auf dem Nachbargrundstück	Gemeinschaftliche Giebel- oder Brandmauern mit Belastung	Gemeinschaftliche Treppenhäuser
Kellergeschoss	2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1
Erdgeschoss	1 1/2	1	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1	1
1. Obergeschoss	1 1/2	1	1	1 1/2	1	1	1
2. Obergeschoss	1 1/2	1 1/2	1	1	1	1 (1/2)*)	1 1/2
Dachgeschoss	1	1 1/2	1 1/2	1	1	1 1/2	1 1/2

Bei Anwendung von Lufschichten in den Außenwänden sind die Mauerstärken um das Maß dieser Schichten zu vergrößern.

Bretterverkleidung als Wetterschutz oder zur Verzierung gilt nicht als Veränderung der massiven Bauart, ebensowenig der Dachüberstand der Sparren nebst Ständer und die Anbringung kleiner hölzerner Vorbauten. Für Außenwände von Dachausbauten darf massive Ausführung nicht gefordert werden.

2. Trennungswände. Werden Mittelhäuser als Reihenhäuser gebaut, kann zugelassen werden, daß die Trennungswände zwischen den Gebäuden einen halben Stein stark oder als Fachwerkwände hergestellt werden, sie müssen dann aber beiderseitig bis unter die Dachhaut gepußt sein. Mindestens in Abständen von 40 m sind die Trennungswände zwischen Gebäuden als Brandmauern herzustellen, welche für den Fall feuerfester Eindeckung nur bis unter die Dachhaut geführt zu werden brauchen.

3. Decken. Zur Berechnung der Deckenlasten genügt die Annahme von 200 kg als Eigenlast von ausgestrichen, gepußten und gedielten Balkendecken und von 150 kg als Ruhlust für 1 qm Deckenfläche bis zu einer lichten Zimmerhöhe von 5 m.

Massive Decken aus Beton, flachgelegten Mauersteinen, gewölbten Kappen oder sonstige polizeilich zugelassene Bauarten dürfen in den durch statische Berechnung nachgewiesenen Spannweiten für alle Geschosse einschließlich des Kellergeschosses zugelassen werden.

4. Schornsteine. Schornsteine dürfen mit ihrem Licht an Außenmauern und Grundstückscheidewände gelegt werden, wenn an der Außenseite ein Stein Stärke verbleibt.

Einzelne Feuerungen in Dach- und Kellergeschossen dürfen, wenn ihre Benutzung seltener zu erwarten steht, auch an Schornsteine der Vollgeschosse angeschlossen werden.

Mit einem gemeinsamen Schornsteinrohr dürfen soviel Feuerstätten eines Geschosses den Rauch abführen, daß für jede Ofenfeuerung etwa 75 qcm, für jede Küchenfeuerung etwa 150 qcm lichte Querschnittsfläche des Schornsteins vorhanden ist.

Der Abstand des freien Holzes von den Innenseiten der Schornsteinwangen braucht nicht mehr als 20 cm zu betragen.

5. Feuerstätten. Für die Abstände der Defen, Herde, Rauchrohre und Räucherlammern von freiem Holzwerk genügen folgende Maße:

gemauerte Feuerstätten von verputztem Holzwerk

15 cm, von freiem 25 cm;

eiserne Feuerstätten und nicht ummantelte eiserne

Rauchrohre von verputztem oder mit Metall ver-

kleidetem Holzwerk 25 cm, von freiem 50 cm.

6. Wohnräume. Als lichte Höhe der Wohnräume genügt das Maß von 2,75 m im Erdgeschoss, 2,50 m in den Obergeschossen und von 2,20 m für Zubehörräume im Dachgeschoss.

Wo Bauordnungen niedrigere Maße zulassen, dürfen diese beibehalten werden.

Waschlücken, Spüllücken, Badestuben und Werkstätten, die lediglich für den Hausbedarf dienen, sind nicht unter die zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räume zu rechnen. Sind diese im Kellergeschoss untergebracht, müssen sie eine ausreichende Belichtung durch Tageslicht erhalten.

Das Verbot von Wohnräumen im Kellergeschoss ist bei Bauten an Bergabhängen nur auf solche Räume des Sockelgeschosses anzuwenden, deren Innenfußboden mehr als zur Hälfte unterhalb der Außenfläche liegt.

7. Treppen. Treppen dürfen ein Steigungsverhältnis bis zu 20/25 cm aufweisen. Es darf für sie eine lichte Breite von nur 90 cm zugelassen werden, wobei aber die Treppenabfälle 1 m Breite erhalten müssen.

Im Keller und Dachgeschoss liegende Treppen brauchen nur 70 cm breit zu sein und dürfen eine Steigung von 45° aufweisen.

schädliche Bestandtheile.
Stets lieferbar:
E. Haybucher, Fischbacher